

Zur Bedeutung von Freiheit und Sicherheit in Erziehung und Gesellschaft

Konsequenzen aus der gescheiterten Reform der Kinder- und Jugendhilfe

von Wolfgang Hammer

1. Der verloren gegangene Mut zur Freiheit

Freiheit und Sicherheit stehen in einem Spannungsverhältnis. Die ständige Auseinandersetzung und Gestaltung dieses Spannungsverhältnisses ist eine der Grundvoraussetzungen, um eine Demokratie mit Leben zu erfüllen und vor Verschleißerscheinungen zu bewahren.

Die Gestaltung der Rahmenbedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen ist die Stelle, an der diese beiden elementaren Grundbedürfnisse aufeinander treffen und Gesellschaft und Staat fordern, beides zu ermöglichen. Die Gestaltung dieses Aushandlungsprozesses ist an ihren Polen breit anlegt. Freiheit ohne Sicherheit verkehrt sich in ihr Gegenteil als Vogelfreiheit und hat das Recht des Stärkeren zur Folge. Sicherheit ohne Freiheit führt zum totalen Staat, der alles regelt und kontrolliert und keinen Spielraum für individuelle Lebensgestaltung zulässt. Die Kinder sind dann als schwächstes Glied entweder jeder Form von Ausbeutung und Gewalt ausgeliefert oder Objekt der staatlichen Planung und Verfügung.

An den Polen zwischen Feudalismus und Big Brother is Watching You ist weder Raum für eine individuelle Gestaltung von Eltern/Kind-Beziehungen noch für eine staatliche und gesellschaftliche Rolle beim Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung. Das anlässlich der SGB VIII-Reform heiß diskutierte Spannungsverhältnis zwischen Elternrechten und Kinderrechten löst sich dann dadurch auf, dass weder Kinder noch Eltern Rechte haben. Zwischen diesen beiden Polen bewegen sich gegenwärtig zahlreiche öffentliche Diskurse in Deutschland unabhängig davon ob es um Flüchtlingspolitik, Sozialpolitik oder um Kindererziehung geht. Das war und bleibt auch der ideologische Hintergrund der Diskussion um eine Reform der Kinder- und Jugendhilfe und deren Finanzierung und prägte sowohl die Argumentation der Befürworter und z.T. auch der Kritiker, soweit diese nur den Status Quo wahren wollten. Der Mut zur Freiheit ist dabei verloren gegangen.

2. Wenn der Staat an der falschen Stelle Stärke zeigt

Die Ideen einer stärkeren Staatssteuerung bei den Hilfen zur Erziehung und einer stärkeren Interventionsorientierung und Kontrolle von Eltern und Einrichtungen im Interesse des Kinderschutzes standen dabei von Anfang an – trotz aller Verkündigungen – einer substanziellen kinderrechtlichen Aufwertung entgegen.

Diese auf Sicherheit ausgerichtete Orientierung auf den starken Staat aber war nicht geprägt durch das Ziel einer Stärkung der Rechte von Eltern und Kindern gegenüber dem Staat, für bessere infrastrukturelle Rahmenbedingungen zu sorgen. Dann hätte nämlich das Thema Armut von Familien und ihre Folgen auf der Agenda stehen müssen. Die Sicherheit, die hier perfektioniert werden sollte, war die Sicherheit des Staates, schneller intervenieren zu können und vor weiteren Ausgabensteigerungen in der Kinder- und Jugendhilfe geschützt zu werden.

Selbst der Schutz von Kindern vor abrupten Bindungsabbrüchen sollte nur für Kinder in Pflegefamilien gestärkt werden und nicht bei Inobhutnahmen aus der Herkunftsfamilie, obwohl wir spätestens seit dem Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag 2017 wissen, welche fatalen Folgen übereilte Inobhutnahmen haben, wenn sie nur deshalb vorgenommen werden, um Agierende der Jugendhilfe und ihre Leitungsebene vor befürchteter öffentlicher Kritik zu schützen, obwohl sie dem Kindeswohl entgegenstehen (1).

Unser Umgang mit den Rechten von Kindern und Jugendlichen im Alltag hat zu menschenfeindlichen Strukturen und Hilfen geführt.



Foto: Hab 1Cht_flickr

Bei der Diskussion um die Reform der Kinder- und Jugendhilfe geht es um viel mehr als nur um die Frage, wie wir die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland inhaltlich und strukturell im Hinblick auf ihre rechtliche Ausgestaltung und ihre Finanzierungsgrundlagen weiterentwickeln wollen. Es geht um mehr, weil wir den Kampf um eine nachhaltige und menschenwürdige Kinder- und Jugendhilfe nur gewinnen können, wenn wir Mehrheiten in der Gesellschaft und Politik davon überzeugen können, dass Freiheit in der Erziehung die zentrale Kraft ist, die Kindern und Jugendlichen die Stärke verleiht, sich mit unserer Unterstützung zu entfalten und zu verantwortlichen Persönlichkeiten heranzuwachsen.

3. Freiheit ist nicht teilbar

Wenn der Staat plant, Rechte und Freiheiten nach eigenen Ordnungsvorstellungen zuzuteilen oder einzuschränken, begibt er sich auf einen gefährlichen Irrweg, denn Freiheit ist nicht teilbar.

- ◆ Wir können sie nicht für Kinder und Jugendliche anstreben und sie den Eltern nehmen.
- ◆ Wir können sie nicht Kindern vorenthalten, weil sie uns zu teuer ist.
- ◆ Wir gefährden Freiheit und Selbstbestimmung, wenn wir Kindheit und Jugend immer weiter verplanen und Freiräume einschränken anstatt sie zu erweitern.
- ◆ Wir dürfen die fachliche Handlungsfreiheit von mehr als 800.000 Fachkräften nicht weiter einschränken und sie zu Kontrolleuren von gut durchdachten Checklisten der Qualitätsentwicklung machen.
- ◆ Wir dürfen die Freiheit nicht als Leitorientierung der staatlichen Aufgabenstellung zugunsten einer kostensparenden technokratischen Scheinsicherheit aufgeben.

Wir kämpfen nach dieser weitgehend gescheiterten Reform heute mehr denn je für die Verwirklichung der Rechte der Kinder und gegen einen durch Angst überlagerten Kleingeist in Pädagogik und Politik, der unter dem Anspruch, Kinder zu schützen und zu fördern schon jetzt zu viele Konzepte, Programme und Einrichtungen hervorgebracht hat, die primär auf Misstrauen und Kontrolle basieren und Entwürdigung und Freiheitsentzug selbst dann zur Folge haben, wenn es nicht geplant und beabsichtigt ist.

Wir müssen, um diesen Kampf glaubwürdig zu führen, damit beginnen unseren Blick zu schärfen für eine Fülle von Fehlentwicklungen bei uns selbst – also im System und in der Profession der Sozialen Arbeit.

Wir kämpfen für die Verwirklichung der Rechte der Kinder und gegen einen durch Angst überlagerten Kleingeist.

Ein kurzer Blick auf die wesentlichen Fehlentwicklungen zeigt, wie schleichend unser Umgang mit den Rechten von Kindern und Jugendlichen im Alltag zu menschenfeindlichen Strukturen und Hilfen geführt hat. Die in Forschung und Praxis immer wieder belegten „Maßnahme-Karrieren“ zeigen, dass wir es häufig nicht schaffen, lebenswerte Orte für junge Menschen zu erhalten oder neue lebenswerte Orte zu schaffen und zu sichern. Ebenso zeigt sich, dass selbst die verpflichtende Beteiligung von Kindern im Hilfeplanverfahren und ihre Anhörung vor dem Familiengericht sanktionsfrei unterlaufen werden kann – insbesondere dann, wenn beide Institutionen sich einig sind.

Wer „vom Kind aus denken“ zur Devise einer Reform macht, muss vor allem die präventiven Angebote der Jugendhilfe in Kitas, Familienzentren und Jugendeinrichtungen stärken, um Bildungsbenachteiligung und Ausgrenzung durch Armut entgegen zu wirken und darf nicht die Intervention, Kontrolle und Dokumentation von Einzelhilfen perfektionieren. Es geht darum, Eltern und Kinder stark zu machen – gerade dann, wenn die Überforderung aus sozialer Notlage und Isolierung entsteht.

4. Die Schere im Kopf einer kleinmütigen Haushaltspolitik oder es ist genug für alle da!

Wer Kinder in Familien nicht nur schützen, sondern auch fördern will, muss Kommunen stark machen, eine armutspräventive Haushaltspolitik betreiben zu können, anstatt sie als Konsequenz einer falsch umgesetzten Schuldenbremse unter Sparzwänge zu stellen, die das Gegenteil bewirken. Es ist angesichts unserer hohen, über dem Soll liegenden Steuermehreinnahmen in Höhe von ca. 42.4 Mrd. Euro bis 2020 für die öffentlichen Haushalte (vgl. Steuerschätzung Mai 2017) unverantwortlich, eine Reform der Kinder- und Jugendhilfe angesichts der verfestigten Armut von Familien unter Maßgabe der Kostenneutralität oder gar als Einsparmodell zu planen, wenn mit nur 3 bis 4 Milliarden Euro dieser Steuermehreinnahmen eine echte Reform auf den Weg gebracht werden könnte. Die Schwerpunkte liegen auf der Hand und sind empirisch belegt und fachlich begründet:



- ◆ Verbesserung der Betreuungsschlüssel in Kitas,
- ◆ Ausbau der Frühen Hilfen, Familienzentren und Jugend-einrichtungen,
- ◆ Aufbau von Kinder- und Jugendberatungs- und Ombudsstellen und
- ◆ Ausbau der Angebote der Jugendsozialarbeit und für junge Flüchtlinge.

Die Verbesserung der Bildungschancen und der Ausgleich sozialer Benachteiligung müssen zu einer Schlüsselaufgabe zukünftiger Politikgestaltung werden.

5. Kinderschutz braucht mehr Freiheit und nicht weniger!

Beim Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen sind Verbesserungen wie z.B. das Verbot von menschenunwürdigen Erziehungspraktiken und die verpflichtende Einrichtung unabhängiger Ombudsstellen nicht umgesetzt worden. Übrig geblieben ist eine Erhöhung der Anforderungen beim Betriebslaubnisverfahren und eine Ausweitung der Befugnisse der Heimaufsicht. Keine dieser vorgesehenen Regelungen hätte in der Vergangenheit dazu geführt, dass Einrichtungen wie der Friesenhof und die Haasenburg keine Betriebs-erlaubnis erhalten hätten. Belegt wurden und werden solche meist wirtschaftlich gut aufgestellten Einrichtungen gerade wegen ihrer Konzepte der Freiheitseinschränkung. Das wird sich wenn alles so bleibt auch nach dem KJSG nicht ändern.

Diese Fehlorientierung ist aber nicht vom Himmel gefallen und nicht nur als neoliberaler Mainstream erklärbar. Sie ist auch ein Reflex der Politik auf ein verbreitetes problematisches Berufsverständnis in der sozialen Arbeit. Wenn wir Professionellen immer das Kindeswohl im Auge haben, brauchen wir die Kinder und auch die Eltern nicht mehr fragen – denn wir sind die Experten, so glauben wir viel zu oft. Gleichzeitig müssen wir nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom November 2014 hinnehmen, dass es eine Grenze des zumutbaren seelischen und geistigen Schadens von Kindern gibt, die wir akzeptieren müssen, ohne handeln zu dürfen.

Zu jeder dieser interventionsorientierten und technokratischen Scheinlösungen gibt es Alternativen.



Dies alles hat dazu geführt, dass viel zu häufig Kinder von bindungsgestörten und überforderten Eltern zu früh aus den Familien herausgenommen werden, etliche ambulante Familienhilfen für die Kinder wenig Hilfe bringen, zu häufig Inobhutnahmen viel zu lange andauern, ohne dass es gelingt in vertretbarer Zeit neue Lebensorte zu finden.

Kindern wird zugemutet, wie ein Besitztum trotz positiver Entwicklung aus ihrem Lebensumfeld herausgerissen zu werden. Viele von ihnen landen dann nach einer Odyssee durch zahlreiche Betreuungssettings als entwurzelte junge Menschen, die sich nichts mehr zutrauen, weil sie nie jemanden trauen konnten.

Diese Kinder und Jugendlichen müssen im Zentrum einer Reform der Kinder- und Jugendhilfe stehen, denn Jugendhilfe und Politik haben immer noch für eine Reihe dieser jungen Menschen Lösungen parat, die auf Misstrauen, Entmündigung, Kontrolle, Entwürdigung und Freiheitsentzug basieren.

Die Verantwortung dafür darf aber nicht nur in der Politik gesehen werden. Ohne Träger, die mit solchen Angeboten Marktnischen ausfüllen, ohne Jugendämter, die solche Einrichtungen nachfragen und belegen und ohne eine Jugendhilfe-Landschaft, die zu lange gezögert hat, sich dieser jungen Menschen in anderer Weise anzunehmen, wäre dies nicht möglich gewesen.

Wenn wir dies ändern wollen, müssen wir zukünftig den fachlichen und gesellschaftspolitischen Diskurs anders führen als bisher und unsere Praxis verändern. Die Forderung nach veränderten politischen Haltungen, Rahmenbedingungen und Rechtsgrundlagen muss einhergehen mit unserer Bereitschaft, Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen und ihre Rechte zu achten, gerade dann, wenn andere uns weismachen wollen, für diese „tief gestörten jungen Menschen“ bedürfte es rigider Konzepte und Grundrechtseingriffe, um Ihnen zu helfen.

Wir müssen gegenhalten, wenn überforderten Eltern anstelle von Alltagsentlastung Zwangshilfen mit Inobhutnahme-Anordnung verordnet werden und die Fesselung von Kindern bis zu einem halben Jahr in Einrichtungen der Jugendhilfe Gesetz werden soll. Wir müssen Nein sagen, wenn jungen Flüchtlingen nur noch eine Jugendhilfe zweiter Klasse verbleibt.

Auf dieser Basis muss unser Dialog mit der Politik neu ausgerichtet werden. Die erste Botschaft ist die: Zu jeder dieser interventionsorientierten und technokratischen Scheinlösungen

gibt es Alternativen – auch in unserer Stadt. Hier könnte Hamburg sogar eine sinnvolle Vorreiterfunktion im Reformprozess übernehmen. Das Wissen um die Schwächen und Stärken der Jugendhilfe aus Care-Leaver-Projekten, vom KIDS, MoMo und der Koordinierungsstelle und die Erfahrungen mit dem Familienrat als beteiligungsorientierter Hilfeplanung zeigen gemeinsam den Schlüssel zu einer nachhaltigen Jugendhilfe: Die Kraft, die aus der Freiheit und der Beteiligung von Kindern und Eltern erwächst, ist stärker als die Kraft des Freiheitsentzugs, der Entmündigung und Kontrolle.

Wir brauchen keine Haasenburgern und Friesenhöfe. Wir brauchen keine Konzepte, nach denen jungen Menschen Würde, Freiheit und Vertrauen erst entzogen wird, um es dann in Phasenmodellen als Belohnung wieder stückweise zu verteilen. Wir brauchen keine Wissenschaftler, die den Wert solcher Konzepte lehren. Und wir brauchen keine Politiker, die sich diese Positionen wider aller Forschungsergebnisse zu eigen machen.

Das Gegenstück dazu sind die ermutigenden Erfahrungen, wenn junge Menschen ernsthaft und maßgeblich an ihrer Lebensplanung beteiligt und von Objekten zu Akteuren werden. In einer früheren Ausgabe des Forums für Kinder- und Jugendarbeit findet sich als Nachdruck die beeindruckende Geschichte eines Jungen (2), die exemplarisch ist für alles was Jugendhilfe richtig, aber auch falsch machen kann. „Wenn ich wieder ins Heim muss, dann haue ich ab und keiner wird wissen wo ich bin.“. So beginnt die Geschichte von Justin, der schon „gefühlte zehn Heime“ durchlaufen hatte, als er das erste Mal in seinem Leben nach 7 gescheiterten Jugendhilfemaßnahmen eine Hilfeplanung erlebt, die nicht nur für ihn, sondern mit ihm gemacht wird. Im Vorlauf zur Hilfeplanung findet ein Familienrat statt, bei dem Justin seine Vorstellungen maßgeblich einbringen kann und Bezugspersonen verbindlich mitwirken, die bisher von den Fachleuten als pädagogisch ungeeignet angesehen oder schlicht übersehen wurden. In der Nachschau wird festgehalten, dass Justin erstmals aktiv an der Gestaltung seines Lebens mitwirkt, sich in der Schule positiv entwickelt und mutig und hoffnungsvoll in die Zukunft schaut.

Wer Entwürdigung und Entmündigung in der Jugendhilfe vermeiden will, muss bereit sein, Kinder und Jugendliche und ihre Bedürfnisse von Anfang an ernst zu nehmen und so früh wie möglich an der Hilfeplanung zu beteiligen. Unser Kampf für Kinderrechte beginnt nicht erst beim Schuleintritt oder in der Pubertät, sondern bei der Geburt und braucht Professionelle, die wissen, wie wertvoll und unverzichtbar pädagogi-

scher Erfolg und Selbstbestimmung miteinander verbunden sind. Methoden der Einbeziehung von Eltern und sozialem Umfeld, wie die des Familienrats, dürfen in der Jugendhilfe nicht mehr länger nur die Ausnahme sein, sondern müssen zum Regelfall werden.

6. Wenn die Angst stärker ist als der Mut

Das Gegenteil von Mut ist Angst. Mut macht stark und befreit – Angst macht schwach und hat bürokratischen Kontrollaufwand zur Folge. Wir brauchen nicht nur eine Kultur der Ermutigung für unsere Kinder und Jugendlichen, sondern auch für unsere Kolleginnen und Kollegen in den Jugendämtern und bei den Trägern der Freien Jugendhilfe. Wenn Angst und Kontrolle ein Kinderschutzsystem dominieren, mutiert es und wird selbst zum Gefährdungsrisiko. Aufschlussreich ist in dieser Hinsicht der Abschlussbericht des DIJuF über ein Forschungsprojekt (3), bei dem u.a. die Auswirkungen von risikovermeidenden überregulierten Systemen auf den Kinderschutz in Deutschland, England/Wales, Portugal und Slowenien untersucht wurden. Der Abschlussbericht ist inzwischen auf der Homepage des DIJuF unter Forschungsprojekte abrufbar.

Wohin ein durch Angst und Kontrolle überlagertes Hilfesystem führen kann, wird an dem Beispiel des FORUM-Artikels deutlich „Entweder Sie stimmen zu oder wir machen das mit Gewalt“, der in der gleichen Ausgabe des Forums veröffentlicht wurde (4). Hier wird eine unproblematische Alltagssituation in einer Familie durch verunsicherte Fachkräfte eines Jugendamtes zum Fall einer schweren Kindeswohlgefährdung mit vorübergehender Inobhutnahme und der zwingenden Einschaltung eines Anwalts, um das Kindeswohl gegen Entscheidungen eines Jugendamtes durchzusetzen.

Wer hier aber nur das „unfachliche“ Handeln der Fachkräfte sieht, macht es sich zu leicht. Solange sich die politische und mediale Aufarbeitung tragischer Einzelfälle vor allen auf die akribische Überprüfung der Einhaltung von Vorschriften konzentriert und den individuell belasteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Entlastung nur das Versprechen von



Foto: ASP Farnsen

Wenn Angst und Kontrolle ein Kinderschutzsystem dominieren, wird es selbst zum Gefährdungsrisiko.

mehr Personal anbietet, wird eine auf individuelle Absicherung ausgerichtete Praxis begünstigt, die sich auf die Vermeidung von individuell zurechenbaren Fehlern gründet und nicht auf einer dem Kindeswohl dienenden offensiven Jugendhilfe.

7. Aufruf zu einer neuen Reform / Reformdebatte

In der öffentlichen Diskussion müssen wir aber vor allem deutlich machen, dass die Stärkung von Kinderrechten und das Setzen auf Ermutigung und Freiheit und Beteiligung alternativlos sind. Wir sind die Realisten in einer demokratischen Kultur, die Kindern Chancen geben. Der Vorwurf der Kuschelpädagogik ist ein Kampfbegriff, um davon abzulenken, dass undemokratische Erziehungsformen, übereilte Interventionen und die Einschränkung von Entscheidungsspielräumen und deren Überwachung teuer und wirkungslos sind.

Es wird höchste Zeit, dass wir uns von diesen Empirie-Ignoranten und Demokratie-Verweigerern abgrenzen. Kinder und Jugendliche sind eigene Rechtssubjekte. Sie haben das Recht auf Förderung, Schutz und Beteiligung. Das ist unsere Aufgabe und das Hinwirken auf förderliche Rahmenbedingungen in allen Lebensbereichen. Nur so gibt ein zweiter Anlauf für eine dringend notwendige Reform der Kinder- und Jugendhilfe Sinn. Es ist unsere Aufgabe, diesen Diskurs in die nächste Legislaturperiode zu tragen und ihn nachhaltig mit zu gestalten.

Anmerkungen und Literatur:

- 1) Das legte Prof. Dr. Jörg Fegert vom Universitätsklinikum Ulm bei einem Fachforum zum Forschungsstand über die Folgen von Inobhutnahmen der Forschungsgruppe PETRA am 28.3.17 auf dem DJHT anschaulich dar.
- 2) Vgl. FORUM für Kinder- und Jugendarbeit 2/2015, Roth/Fruechtel, „Hilfeplanung durch Lebensweltexterten“, S. 20-30. Zum Download verfügbar unter http://www.vkjhh.de/fileadmin/download/2015/2_2015/Fruechtel_Roth_Forum_2_2015-6.pdf (zuletzt abgerufen am 3.05.17)
- 3) Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (DI-JuF), vgl. <https://www.dijuf.de/ceinav-190.html> (zuletzt abgerufen am 3.05.17)
- 4) Vgl. FORUM für Kinder- und Jugendarbeit 2/2015, Anonymos, „Entweder Sie stimmen zu oder wir machen das mit Gewalt“, S. 33-36. Zum Download verfügbar unter http://www.vkjhh.de/fileadmin/download/2015/2_2015/Anonymos_Forum_2_2015-7_01.pdf (zuletzt abgerufen am 3.05.17)



Dr. Wolfgang Hammer

leitete bis Anfang 2013 die Abteilung Kinder- und Jugendhilfe im Amt für Familie der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) in Hamburg.

Stellungnahme der LAG ASD* in Hamburg zum Qualitätsmanagement-System

vom Sprecherrat der Landesarbeitsgemeinschaft ASD Hamburg

Allgemeines und fachlich Selbstverständliches

Qualität der Sozialen Arbeit im ASD sollte vor allem das Kindeswohl, die Unterstützung der Eltern und anderer Erziehungsberechtigter und nicht die Kosteneffizienz und das starre Einhalten von Regeln in den Mittelpunkt stellen. Qualitätsstandards in der Sozialen Arbeit sollten nicht top-down sondern in einem Wechselspiel von bottom-up und top-down entwickelt und implementiert werden. Dies erhöht die Akzeptanz und die Praktikabilität.

Qualität im ASD entsteht,

- wenn den professionell tätigen Mitarbeiter/innen Vertrauen gegenüber ihrer fachlichen Kompetenz entgegengebracht wird, die sie in einem Hochschulstudium und mit Berufserfahrung erworben haben, und

- wenn sie umgeben sind von Arbeitsbedingungen, in denen sie zufrieden und mit Engagement ihrer Tätigkeit nachkommen können.

Vertrauen in die fachliche, interdisziplinäre Kompetenz heißt: bei den jeweiligen Beratungen und Hilfen wird aus einer Vielfalt von vorhandenen und bekannten Methoden und Optionen die für den Einzelfall passende und erfolgversprechende Vorgehensweise ausgewählt. Misstrauen und überregulierte, meist fachfremde Kontrollen erzeugen dagegen eine Abwehrhaltung bis hin zur Resignation. Qualität in diesem Sinne stellt eine Grundlage für einen vertrauensvollen Beziehungsaufbau zwischen ASD und Adressat/innen dar. Der Aufbau einer vertrauensvollen Arbeitsbeziehung wird durch die hohe Arbeitsbelastung und Standardisierung von Hilfeabläufen erschwert und ist zudem kaum objektiv messbar. An ihre Stelle tritt eine distanzierte und formalisierte soziale Dienstleistung.